

Polizei gegen Auswärtiges Amt

Eine verbotene Friedensversammlung.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hatte für gestern eine Versammlung im Lehrervereinshaus einberufen, in der Professor Dr. Duidde, München, über „Weltfrieden und Völkerbund“ sprechen sollte. Der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft Pastor Franke teilte mit, daß Professor Duidde durch Landtagsverhandlungen am Erscheinen verhindert sei. An seiner Stelle sollte Helene Stöcker sprechen. Die Polizei wolle die Versammlung nicht stattfinden lassen, wegen angeblicher Nichtanmeldung. Diese Behauptung sei aber durchaus unrichtig. Die Versammlung sei dreimal, zuletzt mit Rohrpost angemeldet worden. Eine Bescheinigung darüber allerdings sei nicht ausgestellt (Psuirufe! Das ist der neue Kurs! So sieht das freie Deutschland aus!) Redner erklärte, daß man es darauf ankommen lassen wolle und doch tagen werde. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes bemühe sich noch nachträglich, die Erlaubnis zu erwirken, zumal die Regierung die Friedensstundgebung des heutigen Abends zu verwerten gedente, damit man auch im Ausland wisse, daß es hier Kreise gibt, die sich von Anfang an gegen alle Kriegshetze ablehnend verhielten.

Pastor Franke und mehrere Vorstandsmitglieder begaben sich darauf nach dem Polizeipräsidium, um das Stattfinden der Versammlung zu ermöglichen. Nach einer halben Stunde kamen sie zurück und erklärten, daß das Letzte und Äußerste versucht worden sei, aber vergebens. Die Erlaubnis sei nicht erteilt worden. (Psuirufe) Der Vorsitzende erteilte darauf Fräulein Dr. Stöcker das Wort, worauf der Polizeileutnant die Versammlung aufforderte, den Saal zu verlassen. Auch ein Versuch der Teilnehmer, die Versammlung als geselliges Zusammensein stattfinden zu lassen, wurde von der Polizei verhindert.

Als die Versammlungsteilnehmer den sehr stark besuchten Saal verließen, erschollen Zurufe: „Was sagt Excellenz Scheidemann dazu?“ — „Die Regierung bietet Frieden an und verbietet, darüber zu sprechen“, „Die Polizei gegen den Reichskanzler!“ Einige hundert Versammlungsteilnehmer versuchten, in Haverlands Festsaal in der Neuen Friedrichstraße die Versammlung fortzusetzen, sie fanden aber, als sie hinkamen, das Lokal schon polizeilich besetzt.

Die virtuose Technik, die der Herr Polizeipräsident von Berlin — heute nicht zum ersten Male — in der Auflösung einwandfreier Versammlungen entwickelt, hat immerhin auch ihr Gutes. Sie wird die maßgebenden Instanzen wohl darauf aufmerksam machen, daß bei der schnellen Neuorientierung im Reich und in Preußen das Berliner Polizeipräsidium offenbar vergessen worden ist. Nach dem vorliegenden Bericht zum mindesten hat es den Anschein, daß zwischen Herrn von Oppen und der Reichsleitung erhebliche Meinungsverschiedenheiten nicht nur bezüglich der Handhabung des Belagerungszustandgesetzes, sondern auch bezüglich der Friedensfrage bestehen. Der Herr Polizeipräsident führt Krieg, sogar gegen das Auswärtige Amt. Man darf wohl hoffen, daß seine vorgesetzte Behörde auf den Standpunkt der Reichsleitung treten und für die einst so beliebte „Homogenität“ auch bei den nachgeordneten Stellen sorgen wird.